

STAUDAMM

## Kreditgarantie auf der Kippe

Eine deutsche Beteiligung am Bau des international umstrittenen Ilisu-Großstaudamms in Südostanatolien wird immer unwahrscheinlicher, weil sich die Türkei trotz mehrfacher Aufforderung nicht an vertraglich vereinbarte Auflagen hält. In der vergangenen Woche hatten Fachleute aus vier beteiligten Berliner Ministerien sich darüber verständigt, dass eine neue Stellungnahme Ankaras nicht akzeptabel sei. Dem Schreiben sei erneut nicht zu entnehmen, dass die Türkei internationale Standards zum Schutz der Umwelt, bei der Umsiedlung von rund 55 000 Menschen sowie zum Erhalt der Kulturgüter in dem antiken Siedlungsgebiet umsetzen werde. Nach der Ressortabstimmung in der kommenden Woche will Berlin die Kritik offiziell mitteilen. Da auch die Regierungen der Schweiz und Österreichs versprochene finanzielle Beteiligungen in Frage stellen, könnten am Ende bereits zugesagte Exportkreditgarantien in Höhe von insgesamt 450 Millionen Euro zurückgezogen werden. Das Baukonsortium, dem auch der Stuttgarter Konzern Züblin angehört, hatte bislang verlauten lassen, dass ohne die Bürgschaften mit dem Bau am Oberlauf des Tigris nicht begonnen werde.



Oberlauf des Tigris

HARSCHER / LAIF

ENERGIE

## „Wir brauchen Kohle“

Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD), 54, über die Zukunft der Kohleverstromung



TIM BRAKEMEIER / DPA

**SPIEGEL:** Herr Platzeck, vor Ihrem Übertritt zur SPD im Jahr 1995 haben Sie als Grüner gegen den Braunkohleabbau gekämpft. Warum schließen Sie sich heute nicht der Bürgerinitiative gegen die Braunkohle in Ihrem Land an?

**Platzeck:** Unsere ursprünglichen Vorstellungen, die Energieversorgung zügig regenerativ organisieren zu können, haben sich als illusionär erwiesen. Ob wir wollen oder nicht, Braun- und Steinkohle werden noch lange wichtige Energieträger für die Welt bleiben.

**SPIEGEL:** Und Brandenburg mit dem Kraftwerk Jänschwalde auf lange Zeit CO<sub>2</sub>-Großproduzent?

**Platzeck:** Nein, in naher Zukunft muss die Braunkohlenutzung CO<sub>2</sub>-frei werden. In wenigen Tagen eröffnen wir das weltweit erste CO<sub>2</sub>-freie Kohlekraftwerk – errichtet zu Testzwecken. Außerdem sind wir bei den erneuerbaren Energien inzwischen bundesweit mit an der Spitze, insbesondere bei Wind- und Solarenergie.

**SPIEGEL:** Klimaexperten warnen, uns laufe die Zeit davon.

**Platzeck:** Deshalb plädiere ich dafür, die Energiedebatte ehrlicher zu führen. Derzeit geschieht das nicht. Es gibt Bürgerinitiativen gegen Braunkohle wegen des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und gegen die Windenergie; es gibt moralische Bedenken gegen die Nutzung der Biomasse und Vorbehalte gegen das Erdgas wegen der Abhängigkeit von Russland. Selbst am Bau des größten Photovoltaikwerks Europas bei uns gibt es Kritik – unter der großen Spiegelfläche leide die Artenvielfalt. Außerdem ist da der verständliche Wunsch nach günstigen Preisen. Wir brauchen einen gesellschaft-

lichen Konsens über den zukünftigen Energiemix, nicht die Illusion: Strom kommt aus der Steckdose.

**SPIEGEL:** Die Union setzt auf Atomkraft. Was halten Sie davon?

**Platzeck:** Nichts. Und zwar nicht nur, weil die Endlagerfrage ungeklärt ist. Keine Energieerzeugung braucht so sehr geordnete Staatsgebilde wie die Atomkraft. Wir erleben aber in vielen Regionen den Verlust des staatlichen Gewaltmonopols, mehr Unordnung als Ordnung. Deshalb ist Atomkraft keine Energielösung für die Welt.

**SPIEGEL:** Also bleiben Deutschland nur Stein- und Braunkohle?

**Platzeck:** In diesem Jahrhundert werden wir auf einen Energiemix setzen müssen. Deshalb werden wir die erneuerbaren Energien mit aller Kraft fördern. Aber mit Blick auf die Weltmärkte und die globale Entwicklung ist es nicht sinnvoll, sich von den einzigen Rohstoffen, die wir haben, zu verabschieden und unseren technologischen Vorsprung aufzugeben.

NACHLÄSSE

## Möllemann-Gläubiger erleiden Verlust



MARC DÄRCHINGER

Möllemann

Gläubiger des verstorbenen früheren Bundeswirtschaftsministers und FDP-Spitzenpolitikers Jürgen W. Möllemann bleiben voraussichtlich auf mehr als drei Millionen Euro

Forderungen sitzen. Berechtigte Ansprüche „in dieser Größenordnung können nicht beglichen werden“, bestätigte Norbert Kruse, der Insolvenzverwalter des Möllemann-Nachlasses. Am 24. September wird die abschließende Rechnungslegung mit den Gläubigern erörtert. Rechtsanwalt Kruse will das Insolvenzverfahren am Amtsgericht Münster (Aktenzeichen 70 IN 128/04) noch im September mit einer sogenannten Schlussverteilung des vorhandenen Vermögens beenden. Die verfügbare Summe beträgt nach dem Verkauf einer Ferienvilla Möllemanns auf Gran Canaria 1 249 031,46 Euro. Dem stehen laut Berechnungen Kruses „Forderungen von Insolvenzgläubigern ... in Höhe von insgesamt € 4 432 586,06“ gegenüber. Das vorhandene Geld soll nun anteilig an die Anspruchsteller verteilt werden. Hauptgläubiger sei aufgrund von Steuerschulden Möllemanns der Fiskus, so der Insolvenzverwalter.